



Demokratie als Enttäuschung

Transformationserfahrungen in Ungarn

ANDRÁS BÍRÓ-NAGY (Hg.)

Januar 2017

- Die Mehrheit der Ungarn erhoffte sich nach 1989, die Demokratie würde ihnen wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit bringen. Diese Hoffnungen wurden enttäuscht. Steigende Arbeitslosigkeit, abnehmende soziale Mobilität, größere soziale Ungleichheiten und die Erosion sozialer Stabilität haben es der Rechtspartei Fidesz nach 2010 leicht gemacht, das demokratische System Ungarns grundlegend zu verändern.
- Das ungarische Beispiel kann als wichtige Lektion für andere europäische Länder dienen: Wachsende Ungleichheit sowie zunehmende und ignorierte soziale Spannungen können die Fundamente einer Demokratie aushöhlen und eine Revolte gegen die Elite auslösen.
- Viele ungarische Wähler sehen in politischen Rechten und Freiheiten keinen Ausgleich für fehlende materielle Sicherheit und Arbeitsplatzmangel. Um diese Menschen zurückzugewinnen, muss eine politische Vision entwickelt werden, wie die Ungleichheiten verringert, die Möglichkeiten für soziale Mobilität verbessert und allgemein eine gerechtere Gesellschaft erreicht werden kann, als dies in den letzten 25 Jahren der Fall war.



Inhalt

1. Zusammenfassung	2
2. Wertestruktur der ungarischen Gesellschaft	2
2.1 Fehlendes Vertrauen	3
2.2 Forderung nach einem starken Staat	5
2.3 Einstellungen zur Demokratie	6
2.4 Politische Grundüberzeugungen und Parteipräferenzen	7
3. Hoffnungen und Realitäten – die sozialen Folgen des Umbruchs	7
3.1 Bewertung des Umbruchs von 1989/90	8
3.2 Aspekte des Umbruchs: Kapitalismus, Demokratie und Nationalismus	10
3.3 Einstellungen zur Europäischen Union	11
4. Fazit	14

1. Zusammenfassung

Die Analyse von Policy Solutions möchte die aktuellen Einstellungen der Ungarn zu den sozio-ökonomischen Veränderungen seit dem Umbruch untersuchen und versucht zu erklären, wie wechselnde Auffassungen über den Umbruch von 1989/90, Kapitalismus und Demokratie das Fundament für die illiberale Innenpolitik seit 2010 gelegt haben. Die meisten Forscher stimmen darin überein, dass die Wertestruktur der ungarischen Gesellschaft auf rationalem aber geschlossenem Denken, einem relativ schwachen Bekenntnis zur Demokratie, weitverbreitetem Misstrauen, einem Fehlen an Toleranz und der Überzeugung basiert, der Staat sei der wesentliche gesellschaftliche Akteur. Die dominante Rolle des Staates war ein wichtiges Kennzeichen des Staatssozialismus. Trotz Systemwechsel, Übergang zur Marktwirtschaft und einer Phase der Privatisierung bleiben ein starker Staat und der Wunsch, sozialer Instabilität zu entkommen, für die Ungarn prioritär.

Die ungarische Gesellschaft ist außerdem gekennzeichnet durch ein ausgesprochen niedriges Vertrauen in politische Institutionen und in zwischenmenschliche Beziehungen. Das grundsätzliche Fehlen von Vertrauen, das die ungarische Gesellschaft auszeichnet, untergräbt nicht nur das politische System und die Demokratie (wenn Bürger den Gewählten nicht vertrauen, werden sie kein Interesse haben, sich am demokratischen Prozess zu beteiligen), Misstrauen behindert auch die Entwicklung fundamentaler sozialer Werte wie Toleranz und Solidarität. Dies führt zur Auflösung des sozialen Zusammenhalts und schadet letztlich auch der ökonomischen Entwicklung. Man kann also sagen, dass das Fehlen von Vertrauen eine abträgliche Wirkung auf alle Aspekte des öffentlichen Lebens hat.

In Anbetracht der Hoffnungen, die die ungarische Bevölkerung nach dem Umbruch mit der Demokratie verbunden hat, wird deutlich, dass die ungarische Elite nach 1990 die Bedeutung von sozialen Fragen generell unterschätzt hat. Die Mehrheit der Ungarn erhoffte sich, in einer Demokratie werde der Wohlstand wachsen und die soziale Sicherheit zunehmen. Die inzwischen negative Bewertung des Umbruchs durch die ungarische Gesellschaft wird hauptsächlich auf steigende Arbeitslosigkeit, abnehmende soziale Mobilität, größere soziale Ungleichheiten und eine Erosion der sozialen Stabilität zurückgeführt. Zwar haben diese Haltung und die Un-

zufriedenheit mit Kapitalismus und Demokratie nicht dazu geführt, dass autoritäre Regierungsformen beliebter wurden. Es sollte aber als Warnzeichen betrachtet werden, dass es heute einem Drittel der Bevölkerung egal ist, ob das Land autoritär oder demokratisch regiert wird: Die Menschen glauben nicht mehr, dass die Demokratie ihr Leben wirklich verändern wird. Diese Situation hat es Fidesz nach 2010 leicht gemacht, das demokratische System Ungarns grundlegend zu verändern.

Da Probleme wie Armut, Arbeitslosigkeit und Mängel des sozialen Systems von der ungarischen Bevölkerung als ihre dringlichsten Sorgen gesehen werden, kann das Vertrauen in die ungarische Demokratie nur dann wiederhergestellt werden kann, wenn die Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten und die Wohlfahrtsprogramme verbessert werden. In den Augen der ungarischen Wähler bieten politische Partizipation und politische Freiheiten keinen Ersatz für materielle Grundversicherung, materielles Wohlergehen und Arbeitsplatzsicherheit. Eine überwältigende Mehrheit der Ungarn sieht das Vierteljahrhundert nach der politischen Wende in Bezug auf die sozialen Fragen als Desaster an. Um diese Menschen zurückzugewinnen, es ist unbedingt notwendig, Konzepte zu entwickeln, wie wirtschaftlicher Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten zu schaffen ist und wie sich dieser Wohlstand über alle soziale Trennlinien hinweg gerechter verteilen lässt.

2. Wertestruktur der ungarischen Gesellschaft

Die vorliegende Studie möchte die Haltungen der ungarischen Öffentlichkeit in Bezug auf sozio-ökonomische Veränderungen 25 Jahre nach dem Umbruch zeigen und versucht außerdem zu erklären, wie wechselnde Einstellungen über Systemwechsel, Kapitalismus und Demokratie die Grundlagen für die Einführung einer illiberalen Innenpolitik nach 2010 gelegt haben. In einem ersten Schritt bietet die Studie einen Überblick über die Hauptmerkmale der ungarischen Wertestruktur und der öffentlichen Erwartungen in Bezug auf den Umbruch. Im Anschluss werden wechselnde Auffassungen zur sozio-ökonomischen Transformation und zur negativen Bewertung verschiedener Aspekte des Umbruchs in der ungarischen Gesellschaft analysiert. Am Ende wird untersucht, inwieweit die politische Elite Ungarns die Konsequenzen der Transformation unterschätzt hat und was

gemacht werden könnte, um die Auffassungen über den Umbruch und die Demokratie in Ungarn zu verbessern. Wo immer möglich wurden internationale Forschungsdaten (World Value Survey, European Social Survey, Eurobarometer) genutzt, um öffentliche Haltungen der Ungarn in Bezug auf den Umbruch zu analysieren; die wichtigsten ungarischen Studien wurden ergänzend hinzugezogen.

Ronald Inglehart hat ein zweidimensionales Modell zur Analyse und zum interkulturellen Vergleich von gesellschaftlichen Wertesystemen entwickelt, das in dieser Studie als Maßstab der besonderen sozio-ökonomisch-kulturellen Werte eines Landes dient. Eine Dimension des Modells ordnet Länder nach kollektiven Werten entlang einer Skala von Modernisierung/Säkularisierung ein. Inglehart nannte diese Dimension die traditionell/säkular-rationale Achse, die Religion, Familie und nationale Identität, Respekt für Traditionen und das Ausmaß sozialer Kontrolle über das Individuum umfasst. Die zweite Dimension des Modells nähert sich dem Thema von der Position der persönlichen Werte und Haltungen in den untersuchten Ländern entlang der Überlebens-/Selbstentfaltung-Achse, die Aussagen darüber macht, in welchem Maße neben den materiellen Bedürfnissen Werte von persönlicher Entfaltung und Selbstverwirklichung in der jeweiligen Gesellschaft akzeptiert sind. Dazu gehören unter anderem der Grad an Toleranz und Vertrauen, das Bedürfnis, an politischen Entscheidungen beteiligt zu sein, das Bekenntnis zu individuellen Rechten und die Stärke der Zivilgesellschaft.

Innerhalb dieser Dimensionen und basierend auf Langzeit-Untersuchungsergebnissen der empirischen und vergleichenden Werteuntersuchungen des World Values Survey (WVS) zeichnet sich Ungarn auf der traditionell/säkular-rationale Achse durch überraschend hohe Werte aus, die typisch für entwickelte, westliche Länder sind. Die Ungarn sind demnach deutlich von einer rationalen und säkularen Denkweise geprägt. Allerdings zeigt die zweite Achse der Selbstverwirklichung, die sich auf individuelle Werte bezieht, in diesem Kontext geringe Werte, was für geschlossene Denksysteme steht. Diese einzigartige Dualität verortet Ungarn auf der zweidimensionalen Wertekarte zwischen den östlichen und den westlichen Ländern. Verglichen mit den westlichen und den meisten ost-mitteuropäischen, postsozialistischen Ländern der Region besteht eine größere Gemeinsamkeit mit den Wertesystemen der östlichen Länder,

die der orthodoxen Kultur verbunden sind. Tatsächlich haben sich diese Werte als sehr stabil erwiesen und in den 25 Jahren nach dem Umbruch nicht verändert.¹ Die meisten Forscher stimmen grundsätzlich überein, dass die Hauptbestandteile dieser Wertestruktur mit den folgenden Begriffen beschrieben werden können: rationales aber geschlossenes Denksystem, ein relativ schwaches Bekenntnis zur Demokratie, Misstrauen, ein Mangel an Toleranz, Normenverwirrung, ein Sinn für Ungerechtigkeit sowie die Forderung nach einem starken Staat.²

Der ungarische Transformationsprozess

Der Rahmen eines friedlichen Umbruchs in Ungarn wurde während der »trilateralen Verhandlungen« gesetzt, an denen 1989 der Runde Tisch der Opposition, die Massenorganisationen und die Partei- und Staatsführer teilgenommen haben. Eine Vereinbarung und ihre Kodifizierung bildeten im Herbst 1989 die Grundlage für den Verfassungsstaat mit einer geltenden Rechtsordnung. Am 23. Oktober 1989 wurde die Republik Ungarn ausgerufen und der alte offizielle Name (Ungarische Volksrepublik) abgeschafft, um den Wechsel auch symbolisch zu vollziehen – die Wiedererlangung der nationalen Souveränität und die Ablösung von zentralgesteuerter Planwirtschaft und Staatsparteiensystem durch die Marktwirtschaft und eine Mehrparteiendemokratie. Neben den oppositionellen Kräften fungierten auch Reformer innerhalb der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei als Beschleuniger in diesem Prozess. Diese entschieden allerdings erst im letzten Stadium der Ereignisse, die Staatspartei formell aufzulösen und eine neue Partei unter dem Namen Ungarische Sozialistische Partei (MSZP) mit einem sozialdemokratischen Programm zu gründen. Die Jahre des Umbruchs können in drei Phasen eingeteilt werden:

1. Die Krise des Regimes, die schon einige Jahre vor der ersten demokratischen Wahl 1990 begann. Die politischen Entwicklungen dieser Krisenjahre haben, im Vergleich zu anderen Ländern der Region, zu der sanften und friedfertigen Transformation beigetragen.
2. Die demokratische Wende mit einem relativ schnellen Verlauf, der radikale Veränderungen im politischen und wirtschaftlichen System Ungarns herbeiführte.
3. Die Phase der Konsolidierung des demokratischen Systems während der 1990er Jahre mit dem Aufbau demokratischer Institutionen, die während der ersten Jahre der ungarischen Demokratie für Stabilität sorgten.

Die europäisch-transatlantische Integration Ungarns war nach dem Umbruch das einhellige Ziel aller etablierten Parteien. Sowohl linke als auch rechte Parteien unterstützten den Beitritt Ungarns zur Europäischen Union 2004. Auch wenn die Ungarn seit 2004 viel kritischer gegenüber den Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union geworden sind und in der politische Elite keine Einigkeit über die Europäische Union mehr besteht, ist die Unterstützung der EU-Mitgliedschaft innerhalb der ungarischen Bevölkerung noch immer hoch.

1. <http://www.worldvaluessurvey.org/WVSCContents.jsp?CMSID=Findings>

2. <http://mek.oszk.hu/13400/13433/13433.pdf>

2.1 Fehlendes Vertrauen

Das niedrige Vertrauen der ungarischen Gesellschaft in die Politik ist möglicherweise das auffallendste Ergebnis des World Values Survey. Die Ungarn haben grundsätzlich ein ausgesprochen niedriges Vertrauen in Institutionen, die politische Macht ausüben. Eine absolute Mehrheit der Bevölkerung misstraut der Exekutive und der Legislative, ebenso wie politischen Parteien, was auf eine breite Enttäuschung hinweist. Nach Daten des World View Survey lag die Unterstützung der Regierung 1998 bei 42 Prozent und 2009 nur noch bei 16 Prozent, während gleichzeitig der Anteil derjenigen, die Vertrauen verloren haben, deutlich von 55 auf 82 Prozent angestiegen ist. Zehn Jahre nach dem Umbruch betrachten 60 Prozent das Parlament mit Argwohn, nur 37 Prozent haben nach wie vor Vertrauen in die Legislative. 2009 war die Glaubwürdigkeit der Volksvertretung auf weniger als 20 Prozent gesunken. Das Misstrauen gegenüber Regierung und Parlament wird nur noch übertroffen von dem Misstrauen gegenüber den politischen Parteien. Schon 1998 misstrauten drei Viertel der Ungarn den Parteien, 2009 war dieser Anteil auf 90 Prozent angewachsen.

Zu der Wirtschaftskrise kam in Ungarn 2009 auch noch ein politisches Debakel – das Eingeständnis des damaligen Regierungschefs, die Wähler vor dem letzten Urnengang bewusst über den schlechten wirtschaftlichen Zustand des Landes belogen zu haben. Diese politische Entwicklung wird die Ergebnisse der WVS-Befragung beeinflusst haben. Auch die jüngsten Eurobarometer-Daten aus dem Herbst 2015 zeigen, dass das Misstrauen in politische Institutionen ein entscheidender Faktor geblieben ist: 61 Prozent misstrauen der Regierung, 64 Prozent dem Parlament und 77 Prozent den politischen Parteien.

Allerdings ist fehlendes Vertrauen in Institutionen längst nicht auf politische Organisationen beschränkt. Die Ungarn zeigen ebenso wenig Vertrauen in andere staatliche oder zivilgesellschaftliche Organisationen – zudem ist auch in diesem Bereich eine negative Tendenz zu beobachten. 1998 betrachteten über die Hälfte und 2009 schon fast zwei Drittel der Bevölkerung große Unternehmen mit Argwohn. Auch die Medien leiden unter einem hohen Vertrauensdefizit; 1998 brachten zwei Drittel und zehn Jahre später mehr als drei Viertel der Bevölkerung ihr Misstrauen zum Ausdruck.

Die ungarische Werteforschung, die die Veränderungen der letzten fünf bis sechs Jahre verfolgt, zeigt die Kontinuität dieser Entwicklungen.³ Die Ergebnisse von 2015 zeigen ein äußerst geringes Niveau an Vertrauen in staatliche Institutionen, wobei die öffentliche Haltung zum Parlament zwischen 2010 und 2015 besonders stark abgenommen hat: Entlang einer 10-Punkte-Skala (1 = völliges Fehlen von Vertrauen, 10 = absolutes Vertrauen) fiel der durchschnittliche Wert für Vertrauen von 4,3 auf 3,7 Punkte. Das Misstrauen gegenüber Politikern bleibt mit 3,2 Punkten 2010 und nur 3 Punkten 2015 am stärksten. Die öffentliche Wahrnehmung des Rechtssystems ist auch gesunken und liegt jetzt bei 4,5 Punkten. Die Polizei genießt noch das höchste Vertrauen und ist die einzige Organisation, die sich in dieser Beziehung in den letzten fünf Jahren leicht verbessern konnte, auch wenn ein Ergebnis von 5 bzw. 5,3 Punkten als Zeichen einer deutlichen Ambivalenz verstanden werden kann.

Ähnlich wie bei den Institutionen ist auch das Vertrauen in die Mitbürger gering. 1998, weniger als zehn Jahre nach dem Umbruch, dachte nur etwas über ein Fünftel der ungarischen Bevölkerung, dass den meisten Menschen vertraut werden kann; drei Viertel meinten, dass man in dieser Hinsicht nicht vorsichtig genug sein könne. Zehn Jahre später, 2009, hat sich nicht viel verändert, auch wenn sich die Situation etwas verbessert hat: Gut ein Viertel der Befragten sagte aus, dass sie ihren Mitbürgern trauten, obwohl eine Mehrheit von 70 % weiterhin als misstrauisch beschrieben wurde. Nach einer ungarischen Studie über das Vertrauen in andere Menschen haben sich die Ergebnisse zwischen 2009 und 2013 kaum verändert.

Ein generelles Fehlen von Vertrauen in der ungarischen Gesellschaft wirkt sich nicht nur negativ auf das politische System und die demokratischen Institutionen aus: Wenn Bürger ihren gewählten Vertretern nicht vertrauen, werden sie kein Interesse haben, sich am demokratischen Prozess zu beteiligen. Misstrauen verhindert auch die Entwicklung fundamentaler sozialer Werte, wie Toleranz und Solidarität. Zusammen mit der Erosion des sozialen Zusammenhalts zerstört dies die Chancen für die ökonomische Entwicklung – fehlendes Vertrauen hat somit eine abträgliche Wirkung auf alle Aspekte des öffentlichen Lebens.⁴

3. http://www.socio.mta.hu/uploads/files/2015/politukor_online.pdf

4. http://www.tarki.hu/hu/research/gazdkult/2013/2013_zarotanulmany_gazd_kultura.pdf

2.2 Forderung nach einem starken Staat

Ein wesentliches Merkmal des Staatssozialismus war die dominante Rolle des Staates. Trotz des Systemwechsels, dem Übergang zur Marktwirtschaft und einer Serie von Privatisierungen blieben die Forderung nach staatlichen Interventionen und der Wunsch, existenziellen Unsicherheiten zu entkommen, wichtige Prioritäten der ungarischen Bevölkerung. WVS-Studien haben gezeigt, dass die große Mehrheit der Ungarn weiterhin vom Staat erwarten, sich für die Verbesserung ihrer Lebensumstände einzusetzen; die Übernahme persönlicher Verantwortung für das eigene Fortkommen ist nach wie vor untypisch. Als die Menschen 1998 gebeten wurden, das wünschenswerte Verhältnis von staatlicher zu persönlicher Verantwortung auf einer Skala von 1 (sehr starker Staat) bis 10 (vollständige Eigenverantwortung der Individuen) zu bewerten, so äußerten sich damals 80 Prozent der Befragten grundsätzlich positiv zu staatlichen Interventionen (votierten also für einen Wert von 1 bis 5), knapp 40 Prozent der Befragten optierten sogar für den Wert 1 – plädierten also für das stärkste mögliche Engagement des Staates. Nur insgesamt 12 Prozent optierten für einen Wert zwischen 6 und 10, sahen eher oder ausschließlich das Individuum in der Verantwortung. 20 Jahre nach dem Umbruch ist die Stimmung zugunsten eines dominanten Fürsorgestaates zwar deutlich zurückgegangen, blieb mit 10 Prozent der Befragten aber erheblich, während nur 3 Prozent für ausschließlich individuelle Verantwortung eintreten. Insgesamt äußerten weiterhin fast 50 Prozent grundsätzliche Unterstützung für staatliche Interventionen, während ein Viertel sich für die Stärkung der individuellen Verantwortung einsetzte. In einer Werteuntersuchung von ungarischen Wissenschaftlern von 2015 plädierten schließlich jeweils 13 Prozent für die beiden Extrempositionen, während 36 Prozent grundsätzlich staatliche Interventionen unterstützten und 30 Prozent für eine stärkere individuelle Verantwortung plädierten.⁵

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Glaube an den dominanten Fürsorgestaats abnimmt, während die Anzahl derjenigen, die an die individuelle Verantwortung glauben, weiter ansteigt – insgesamt aber überwiegt in der ungarischen Gesellschaft weiterhin die Auffassung, der Staat habe sich zumindest in einem gewissen Umfang um das Wohlergehen seiner Bürger_innen einzusetzen.

Eine weitere ungarische Studie aus dem Jahr 2013 weist in die gleiche Richtung. Diese Umfrage versuchte herauszufinden, in welchen Bereichen die Bevölkerung ein stärkeres staatliches Engagement wünscht. Dies waren vor allem der Arbeitsmarkt und der Sozialbereich. Auf einer 10-Punkte-Skala (10 = sehr wichtig) bewerteten die Ungarn diese Themen mit durchschnittlich 7 Punkten. Auch Bildung und Landwirtschaft waren bei durchschnittlich knapp über 6 Punkten mit starken paternalistischen Stimmungen verbunden.⁶

Hinsichtlich bestehender Unternehmensaktivitäten waren die Ungarn Ende der 1990er Jahre verhältnismäßig marktfreundlich eingestellt, obwohl die Öffentlichkeit schon damals hinsichtlich der Themen Privatisierung bzw. Verstaatlichung gespalten war. 2009 hingegen waren diejenigen klar in der Mehrheit, die sich auch in diesem Bereich eine stärkere Präsenz der Regierung wünschten: 42 Prozent unterstützten Verstaatlichungen und 23 Prozent eine freie Marktwirtschaft – 20 Jahre nach dem Ende des Staatssozialismus ist das Bedürfnis nach manchen Elementen einer linken Wirtschaftspolitik also gestiegen.

Neben den Forderungen nach einem Staat, der für sozialen Ausgleich sorgt, geben Ansichten zur Einkommensverteilung Aufschluss über die subjektive Wahrnehmung von sozialer Gerechtigkeit. Denn auch hier ist die ungarische Gesellschaft durch eine Einstellung geprägt, die durch eine grundsätzliche Angst vor Unsicherheit begründet ist. Die Ungarn bevorzugen eindeutig kleinere Einkommensunterschiede gegenüber einem Anreizsystem, das ausgezeichnete Leistungen mit höherem Entgelt belohnt. Zehn Jahre nach dem Ende des Staatssozialismus unterstützten sechs Zehntel der Ungarn eine ausgeglichene Einkommensverteilung, dreimal mehr als jene, die sich für deutlichere Differenzierungen bei den Einkommen aussprachen. 2009 war die Hälfte der Bevölkerung noch egalitär eingestellt, und die Gruppe, die eine Notwendigkeit für größere Differenzierungen sah, ist nicht gewachsen; die Erwartungen der Öffentlichkeit hinsichtlich der Einkommensfrage sind also nach wie vor von einer egalitären Haltung geprägt. Den Ergebnissen der oben erwähnten ungarischen Umfrage von 2013 zufolge war der Anteil derjenigen, die die bestehenden Einkommensunterschiede als exzessiv wahrgenommen ha-

5. http://www.socio.mta.hu/uploads/files/2015/poltukor_online.pdf

6. http://www.tarki.hu/hu/research/gazdkult/2013/2013_zarotanutmany_gazd_kultura.pdf

ben, trotz deutlicher Abnahme noch beträchtlich (mehr als 80 Prozent) und die große Mehrheit – um 70 Prozent – erwartete nach wie vor, dass die Regierung die Einkommenslücken verringert und Leistungen für die Arbeitslosen bereitstellt. Umgekehrt spricht sich ein deutlich geringerer Anteil der Befragten – rund 20 Prozent – für die Verringerung von Sozialleistungen für die Armen aus.

Diese deutliche Mehrheit für staatliches Engagement bei gleichzeitig überwiegendem Misstrauen in den Staat zeigt, welche ungewöhnliche und ambivalente Einstellung die ungarische Gesellschaft gegenüber dem Staat hegt: Noch 25 Jahre nach dem Umbruch erwartet die Mehrheit der Ungarn, dass der Staat ihre Lebensbedingungen verbessert, während sie gleichzeitig kein Vertrauen in die Politiker und Institutionen hat, die ihrer Meinung nach für diese Leistungen sorgen sollen.

2.3 Einstellungen zur Demokratie

Da die obenstehende Zusammenfassung schon ein recht verblüffendes Konzept von Demokratie impliziert, kann ein Blick auf die Einstellungen zur Demokratie aufschlussreich sein. Die WVS-Umfrage von 2009 deutet darauf hin, dass die Ungarn zwar an die Notwendigkeit der Demokratie glauben, ihrer alltäglichen Praxis aber deutlich kritischer gegenüberstehen. Dabei hängt der Grad der Zufriedenheit auch davon ab, was die Befragten als den Kern der Demokratie erachten. Mehr als vier Fünftel der Befragten glauben, dass die freie Wahl von Politikern einer der wichtigsten Aspekte der Demokratie ist; für noch wichtiger erachten 84 Prozent der Befragten allerdings die strenge Bestrafung von Straftätern. Drei Viertel finden, dass die Möglichkeit, Gesetze durch Volksentscheid zu ändern, eine Hauptkomponente der Demokratie ist; und die Auffassung, dass die Demokratie Schutz gegen die Unterdrückung von Persönlichkeitsrechten bietet, ist mit 70 Prozent ähnlich weit verbreitet.

Ferner verbindet eine große Anzahl der Befragten die Demokratie mit wirtschaftlichem Wachstum, materiellem Wohlstand und staatlich kontrollierter Umverteilung.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Mehrheit eine erfolgreiche Wirtschaft als ebenso wichtig für die Demokratie erachtet wie freie Wahlen. Für zwei Drittel der Ungarn gehört eine Regierung, die die Reichen besteuert und die Armen unterstützt, unbedingt zu einer Demokratie,

und für rund 55 Prozent sind Leistungen für Arbeitslose fundamentale demokratische Werte. Selbst die Antworten auf die Frage nach den demokratischen Prinzipien spiegeln somit die paternalistischen Sehnsüchte der ungarischen Bevölkerung.

Die Verknüpfung wirtschaftlichen Wohlergehens mit der Demokratie erklärt, warum in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs und ökonomischer Krisen das öffentliche Vertrauen in die Demokratie merklich abnimmt. Eine Umfrage, die 2015 von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften durchgeführt wurde, zeigt, wie fragil die positive Bewertung der Demokratie in Ungarn ist. Nur 49 Prozent der Befragten sehen in der Demokratie das beste politische System, 32 Prozent sehen zwischen einem demokratischen System und einer Diktatur keinen grundlegenden Unterschied, und 7 Prozent würden unter bestimmten Bedingungen ein diktatorisches Regime bevorzugen.⁷ Während also grundsätzlich eine positive Einstellung gegenüber der Demokratie besteht, ist die Meinung vieler Ungarn in dieser Hinsicht von Skeptizismus durchsetzt.

Die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage aus dem Herbst 2015 zeigen ebenfalls, dass die Demokratie für viele Ungarn nicht die oberste Priorität genießt. Befragt nach ihren drei wichtigsten Werten nannten die meisten der Befragten den Frieden (45 %), gefolgt vom Respekt für das menschliche Leben (41 %), persönlicher Freiheit (33 %) und den Menschenrechten (32 %). Demokratie und Gleichheit wurden von nur von 20 Prozent unter den drei wichtigsten Werten eingeordnet, weniger Nennungen erhielten nur noch die Werte Solidarität (15 %), Toleranz (14 %), Rechtsstaatlichkeit (9 %) und Respekt für andere Kulturen (4 %).

Wie die Eurobarometer-Umfrage ferner gezeigt hat, kreisen die Sorgen der Menschen in Ungarn am häufigsten um die Themen Inflation und steigende Lebenshaltungskosten (27 Prozent sehen dies als größtes Problem an), das verfügbare Haushaltseinkommen (24 %) sowie Gesundheit und öffentliche Sicherheit (20 %). Es folgen die Befürchtungen, nur geringe Renten zu erhalten (17 %) und arbeitslos zu werden (15 %). Die subjektive Problemkarte der Ungarn wird also vor allem von Themen bestimmt, die mit ihrer existenziellen, sozialen und finanziellen Sicherheit verbunden sind.

7. http://www.socio.mta.hu/uploads/files/2015/poltukor_online.pdf

2.4 Politische Grundüberzeugungen und Parteipräferenzen

Bei der Selbsteinschätzung entlang einer Rechts-links-Skala zieht es die Ungarn in die Mitte: 1998 ordneten sich 43 Prozent im mittleren Bereich einer 10-Punkte-Skala ein, 2009 47 Prozent. Bei der Eingruppierung an dem einen oder anderen Ende der Skala waren in den 1990er Jahren diejenigen in der Mehrheit, die sich links einordneten: 25 Prozent reichten sich links ein, 17 Prozent rechts. Zum 20. Jahrestag des Umbruchs hat sich diese Tendenz umgekehrt, diejenigen, die sich rechts eingruppierten, waren in der Mehrheit: Rund ein Viertel der Befragten ordnete sich selbst rechts im politischen Spektrum ein und 15 Prozent links. In einer anderen ideologischen Klassifizierung, die erstmals in der WVS-Umfrage 2009 eingeführt wurde, identifizierte sich weniger als die Hälfte der Ungarn mit einer der großen Parteiströmungen. Von dieser Gruppe wiederum bezeichnete sich die Meisten als Sozialdemokraten (17 Prozent aller Befragten), 10 Prozent identifizierten sich jeweils mit den Christdemokraten und den Liberalen und 9 Prozent mit den Grünen.

Einer Umfrage zur ideologischen Selbsteinschätzung von 2015 zufolge, die von ungarischen Forschern durchgeführt wurde, verorteten sich die meisten Ungarn weiterhin in der Mitte. Von den übrigen Befragten ordneten sich deutlich mehr Menschen auf der rechten Seite als auf der linken ein: Auf der Rechts-links-Skala verorteten sich 38 Prozent in der Mitte, 11 Prozent entschieden sich für links und 17 Prozent sagten, sie fühlten sich stark der rechten Seite verbunden.⁸ Die Entwicklung, die sich in der fünften Folge des WVS abzeichnete, ist Mitte der 2010er Jahre offenkundig – während die politische Mitte dominiert, hat an den gegensätzlichen Enden des politischen Spektrums das rechte Lager ein Übergewicht.

In den meisten europäischen Ländern gibt die Selbstdefinition entlang eines ideologischen Recht-links-Spektrums auch den Ausschlag dafür, welche Politiker und Parteien gewählt werden. In Ungarn dagegen verläuft der Prozess umgekehrt: Hier leitet sich die Identifikation der Menschen mit der Linken oder der Rechten aus ihrer Sympathie mit einer spezifischen Partei ab.⁹ Die Wähler

entscheiden sich daher nicht aufgrund grundsätzlicher politischer Überzeugungen für eine Partei, vielmehr passen sie ihre eigenen Meinungen eher an Positionen an, die von ihrer bevorzugten Partei in einzelnen Fragen eingenommen werden.

Darüber hinaus ist der Zustand der Wirtschaft ein Thema, das die Parteipräferenzen der ungarischen Wähler stark beeinflusst – typischerweise indem die regierenden Parteipolitiker zur Verantwortung gezogen und mit Proteststimmen abgestraft werden. Da der Ruf nach Paternalismus eine Grundlage der Wertestruktur der ungarischen Gesellschaft ist und das Konzept der Demokratie mit ökonomischem Wohlstand identifiziert wird, kann dies nicht überraschen. Dieses besondere Verständnis der Wirtschaftspolitik in der Bevölkerung ist so stark, dass sie die ideologischen Spannungslinien der Parteien kreuzt: Da Jahrzehnte nach dem Ende des Staatssozialismus nach wie vor die Mehrheit meint, die Regierung müsse unterstützend in die Wirtschaft eingreifen und der Staat solle in diesem Bereich eine dominante Rolle einnehmen, treten nur noch einige marginale Organisationen für die freie Marktwirtschaft ein. Selbst dezidiert rechte Parteien haben daher ein prinzipiell »linkes« Wirtschaftsprogramm angenommen.

3. Hoffnungen und Realitäten – die sozialen Folgen des Umbruchs

In Ungarn hat der Fall des Staatssozialismus von 1989/90 zu fundamentalen Veränderungen im politischen System, in der Sozial- und in der Wirtschaftsstruktur des Landes geführt. Der Einparteienstaat wurde durch eine pluralistische Demokratie ersetzt, aus der Planwirtschaft wurde eine Marktwirtschaft, und die Privatisierung von Staatseigentum wurde eingeleitet. Die Veränderungen in der Wirtschaft haben sich auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigung ausgewirkt; die Arbeitslosigkeit ist schnell angestiegen und der Anteil der arbeitenden Bevölkerung ist geschrumpft. Auch die Struktur der Gesellschaft hat sich verändert: Es ist eine neue Klasse einheimischer Superreicher entstanden, und die Anzahl der kleinen und mittelständischen Unternehmen ist angestiegen. Deutlich schneller zugenommen hat aber der Anteil der Unterschicht und derjenigen, die in Armut leben, was zu einer größeren sozialen Ungleichheiten geführt hat. Im Vergleich zur früheren, relativ umfassenden Gleichheit wurde die ungarische Gesellschaft quasi in zwei Teile ge-

8. http://www.socio.mta.hu/uploads/files/2015/poltukor_online.pdf

9. <http://www.valasztaskutatas.hu/kiadvanyok/toressek-halok-hidak/politikai-tagoltsag>

spalten. 12 bis 15 Prozent der Bevölkerung ging es nach der Wende recht gut, während die Mehrheit arm oder auf dem Weg in die Armut war.

1989 glaubten die Ungarn, zu den hervorstechendsten Merkmalen einer Demokratie gehörten sozialer Wohlstand, Freiheit und Teilhabe – damals wurde dies vor allem verbunden mit Unabhängigkeit von Russland, Meinungsfreiheit, Volkssouveränität, allgemeinem Wohlstand und einer gerechteren Verteilung der Vermögen.¹⁰ Aus wirtschaftlicher Perspektive betrachtet, bestanden in der Bevölkerung allerdings zu wenige Erfahrungen, wie auf die Anforderungen der neuen Zeit reagiert werden musste. Zudem waren die Erwartungen in Bezug auf materielle Verbesserungen deutlich zu hoch; es war also unvermeidlich, dass die folgenden Jahre für viele enttäuschend verliefen.

3.1 Bewertung des Umbruchs von 1989/90

Gewinner und Verlierer

Wenn wir betrachten, wer meint, vom Umbruch der Jahre 1989/90 profitiert zu haben, so stammen diese Personen vor allem aus der Gruppe der Wirtschaftsführer und der Spitzenpolitiker des alten Regimes: 27 Prozent der Befragten aus diesen beiden Gruppen gaben 1996 an, es ginge ihnen besser als vor 1989.¹¹ Das erklärt sich daraus, dass diejenigen, die schon vor dem Umbruch über Kapital verfügten oder Zugriff auf Unternehmen hatten, bei den Privatisierungen der staatlichen Unternehmen und landwirtschaftlichen Kooperativen eine deutlich bessere Ausgangsposition hatten. Unter kleinen Geschäftsleuten und Angestellten ergab die Befragung von 1996 ein vielfältigeres Bild: Die Anzahl der sogenannten »falschen« Selbstständigen stieg an, da viele Arbeitslose versuchten, ihre bisherigen Zweitjobs zu einem selbsttragenden Geschäft auszubauen. Der größte Anteil an Personen, die sich als Verlierer des Umbruchs sahen, fand sich 1996 unter den gut ausgebildeten Arbeiter und Hilfsarbeiter (69 bzw. 72 %). Tatsächlich wurden viele der großen Kombinate der Schwerindustrie durch weniger arbeitsintensive Betriebe ersetzt, und in vielen weiteren Fällen haben die neuen Geschäftsinhaber die Belegschaft verringert oder Fabriken geschlossen.

10. http://www.poltudszemle.hu/szamok2/1995/1995_1szam/simon.pdf

11. <http://www.tarki.hu/adatbank-h/kutjel/pdf/a896.pdf>

Ähnliche Tendenzen zeigt auch der Blick auf den Bildungshintergrund. Unter Universitätsabsolventen gab es den größten Anteil an Personen, die sich den Umbruch als für sich persönlich positiv bewerten (27 %) und den vergleichsweise geringsten Anteil an Menschen, die sich zu den Verlierern zählen (48 %). Die größte Anteil an »Verlierern« war unter den Geringqualifizierten zu finden: 70 Prozent der Menschen mit Grundschulabschluss oder Berufsausbildung fallen in diese Gruppe, zugleich meinen 5 bzw. 15 Prozent, der Umbruch habe ihr persönliches Fortkommen befördert. Mit Blick auf die Einkommensentwicklung überrascht es nicht, dass der Anteil der Verlierer unter den Armen höher ist und geringer unter den Reichen. Auch das Alter spielt bei der Zusammensetzung von Gewinner- und Verlierergruppen eine Rolle. Die Anzahl derjenigen, die sich als Profiteure des Umbruchs wahrnehmen, nimmt anteilig mit dem Alter ab, zugleich hat in dieser Gruppe das Vertrauen in die Zukunft abgenommen.

Auch auf regionaler Ebene hatte der Fall des Staatsozialismus soziale Folgen. In der Landbevölkerung ist die Ungleichheit stärker angestiegen als unter den Einwohnern Budapests und anderer städtischer Zentren. Sogenannte rückständige Regionen sind entstanden, vor allem in einigen ländlichen Gegenden der Großen Ungarischen Tiefebene sowie in Ost- und Nordungarn. Eine Begleiterscheinung des Umbruchs war das Entstehen einer sozialen Klasse, die ihre Arbeit in den städtischen Industrien verloren hatte und der es mangels ausreichender Bildung schwerfiel, eine neue Beschäftigung zu finden: 41 Prozent der Arbeitslosen hatten nicht mehr als einen Grundschulabschluss. Diese Menschen wurden dauerhaft arbeitslos und waren vollständig auf Sozialleistungen angewiesen.

Es lässt sich also sagen, dass Menschen aus Dörfern und kleinen Orten, alte Menschen, Menschen mit geringer Bildung und die Inaktiven bei den Verlierern landeten, während die Einwohner der Hauptstadt und der Kreisstädte, ebenso wie aktive junge Menschen mit einer hohen Bildung als Gewinner des Umbruchs beschrieben werden können. Darüber hinaus haben Veränderungen am Arbeitsmarkt und bei den Beschäftigungspraktiken diejenigen aus den letztgenannten Sektoren der Gesellschaft begünstigt.

Veränderungen der Bewertung des Umbruchs

Wegen der radikalen sozialen Reformen und der vorübergehenden Not hat die ungarische Gesellschaft den

Umbruch deutlich negativer beurteilt und stärker mit einem Gefühl des Verlusts verbunden, als dies in anderen Visegrád-Staaten der Fall war. In einer Umfrage von 1995¹² meinten 51 Prozent der Ungarn, das neue Regierungssystem sei dem alten unterlegen, 26 Prozent glaubten sogar, es sei viel schlimmer, und nur jeder vierte Befragte hielt es für besser. In keinem anderen Land der Region wurde der Umbruch damals so negativ bewertet.

Die Enttäuschung nach dem Umbruch lässt sich teilweise durch die Veränderungen der Einkommensniveaus und teilweise durch sich verschlechternde Lebensbedingungen erklären. Dazu beigetragen haben vor allen Dingen auch die Inflation, Einkommenseinbußen sowie strukturelle Veränderungen bei Wohnungseigentum und im Gesundheitssystem. Für die Mehrheit der Bevölkerung lösten die Pläne der Regierung, die Sozialprogramme zusammen zu streichen und den Individuen mehr Verantwortung zu übertragen, Ängste aus. Viele Ungarn waren außerdem enttäuscht, dass die Verantwortlichen des früheren Regimes nicht zur Verantwortung gezogen wurden und damit nicht ausreichend für Gerechtigkeit gesorgt wurde. Das vor allem in konservativen Kreisen weit verbreitete Gefühl, der Umbruch sei »Transformation ohne Konsequenzen« geblieben, könnte auch zu der Verringerung des Vertrauens in die demokratischen Institutionen beigetragen haben.

Im Jahr 2000 meinten im Rahmen einer vom Forschungsinstitut Tárki durchgeführten Umfrage nur 20 Prozent der Befragten, das sozialistische System habe mehr Schlechtes als Positives bewirkt, während ein deutlich höherer Anteil von 50 Prozent diese Auffassung in Bezug auf das demokratische System der Jahre nach 1989 vertrat.¹³ Viele hatten also nicht nur ein ambivalentes Gefühl gegenüber dem Umbruch, sondern hingen zur Jahrtausendwende auch noch mit nostalgischen Gefühlen dem früheren Regime nach.

In der Umfrage beschrieben die Ungarn die Meinungs- und Reisefreiheit als die positivsten Veränderungen und brachten die negativsten Veränderungen mit dem Arbeitsmarkt sowie mit einer sinkenden öffentlichen

Sicherheit und einem verringerten Lebensstandard in Verbindung. Die meisten Befragten beurteilten die Veränderungen in Bezug auf die Erweiterung der persönlichen Rechte positiv, sahen in allen anderen Aspekten aber eine Entwicklung von schlecht nach schlimmer. Auch wenn es um die Bewertung der Demokratisierung des Landes geht, waren die Zufriedenen in der Minderheit; nur jeder dritte Ungar war im Jahr 2000 mit der praktizierten Demokratie zufrieden. Dazu sollte bemerkt werden, dass diejenigen mit geringerer Bildung pessimistischer eingestellt waren, als diejenigen mit einem Universitätsabschluss.

Eine Tárki-Umfrage von 2014¹⁴ bestätigte diesen Zusammenhang und zeigte, dass diejenigen mit höherer Bildung den Umbruch positiver betrachteten als geringer Qualifizierte: Von denjenigen Befragten, die als höchsten Abschluss ein Universitätsdiplom haben, bewerteten 46 Prozent das demokratische System als dem alten Regime überlegen, von denjenigen mit Abitur jedoch nur 29 Prozent, von denen mit Fachschulbildung 27 Prozent und von denen mit Grundschulbildung sogar nur 20 Prozent. In einer Umfrage von 2014 sagten 26 Prozent der Befragten, es ginge den Ungarn besser oder wesentlich besser als vor dem Umbruch. 20 Prozent sahen keine Unterschiede. Eine relative Mehrheit der Befragten von 44 Prozent war der Meinung, es ginge den Ungarn schlechter als vor dem Umbruch. Gleichzeitig stimmten 47 Prozent der Befragten der Aussage zu, der Umbruch sei notwendig gewesen und habe die Mühen gelohnt, 40 Prozent fanden das nicht.

Die allgemeine Akzeptanz des neuen Systems hat sich in den Jahren nach dem Umbruch also verbessert, wenn auch nicht sehr deutlich. In den Augen der Bevölkerung bieten die Möglichkeit, sich in politische Entscheidungen einzubringen, und die Reisefreiheit keinen Ersatz für eine gesicherte Existenz oder einen garantierten Arbeitsplatz. Da nur wenige Menschen positive Veränderungen in Bezug auf Arbeit und Sicherheit erlebt haben, hat das ihre Zufriedenheit mit der Demokratie und ihre Bewertung des Umbruchs erschüttert. Die negative Bewertung des Umbruchs in der ungarischen Gesellschaft wird vor allem mit steigender Arbeitslosigkeit, sinkender sozialer Mobilität, größeren sozialen Ungleichheiten und einer Erosion der sozialen Stabilität in Verbindung gebracht.

12. http://www.tarsadalomkutatás.hu/kkk.php?TPUBL-A-271/publikaciok/tpubl_a_271.pdf

13. <http://www.tarki.hu/adatbank-h/kutjel/pdf/a859.pdf>

14. http://www.tarki.hu/hu/news/2014/kitekint/20140224_rendszer.html

3.2 Aspekte des Umbruchs: Kapitalismus, Demokratie und Nationalismus

Kapitalismus

Es lohnt sich, einzelnen Aspekten des Umbruchs besondere Aufmerksamkeit zu widmen, weil die Ungarn in Bezug auf ökonomische und politische Veränderungen Haltungen einnehmen, die sich deutlich von denen in anderen Ländern unterscheiden. Am kritischsten sieht die Öffentlichkeit in Ungarn den Kapitalismus: Umfragen der letzten 25 Jahre zeigen, wie stark sich die Meinung hier verändert hat. Den Ergebnissen einer Studie des PEW Research Centers zufolge haben 1990 noch 80 Prozent der Ungarn die Transformation zum Kapitalismus begrüßt, 2009 sahen hingegen nur noch 46 Prozent der Befragten die Veränderungen positiv. Von allen ehemaligen Ostblockländern besteht in Ungarn die größte Unzufriedenheit über den Kapitalismus. 2009 glaubten 72 Prozent der Befragten, dem Land gehe es wirtschaftlich schlechter als unter dem sozialistischen Regime. Allerdings durchlebte Ungarn 2009 eine schwere wirtschaftliche und politische Krise, was die negative Haltung zusätzlich verstärkt haben mag.¹⁵

Um die Bewertung des Kapitalismus nachvollziehen zu können, ist es sinnvoll zu schauen, wie Erfahrungen dem Menschen im Staatssozialismus ihre Haltungen zum freien Wettbewerb prägen. Der Eurobarometer von 2009 fragte die Bürger, ob der Wettbewerb zwischen Unternehmen die Preise senke. Innerhalb der Europäischen Union mit zu dem Zeitpunkt 27 Mitgliedsstaaten stimmten durchschnittlich 83 Prozent der Befragten dieser Aussage ganz oder teilweise zu, in Ungarn betrug dieser Anteil hingegen nur 62 Prozent – damit nahmen die Ungarn die am wenigsten marktfreundliche Position ein. Die Meinung der Ungarn unterscheidet sich auch etwas in Bezug auf die Aussage, mehr Wettbewerb schaffe eine größere Auswahl an Produkten: In Ungarn stimmten dem 16 Prozentpunkte weniger zu als im europäischen Durchschnitt. 20 Prozent der Befragten – und damit deutlich mehr als im EU-Durchschnitt – meinten zudem, der Wettbewerb auf staatlicher oder europäischer Ebene bringe den Konsumenten oder der Gesellschaft im Allgemeinen überhaupt keine Vorteile.¹⁶

15. <http://www.pewglobal.org/2009/11/02/end-of-communism-cheered-but-now-with-more-reservations/>

16. <http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/PublicOpinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/yearFrom/2008/yearTo/2016/surveyKy/754/p/6>

Demokratie

Ein größerer allgemeiner Konsens besteht bei der Beurteilung der Demokratie. 77,9 Prozent der Wähler, die sich politisch links verorten, und 87,5 Prozent der rechten Wähler unterstützen das Prinzip einer Mehrparteiendemokratie; viele sind aber unzufrieden mit ihrer Ausgestaltung. Eine Tárki-Umfrage von 2013 zeigt, dass sich die Glaubwürdigkeit der Politiker seit 1995 zwar um zehn Prozentpunkte verbessert hat, aber immer noch glauben nur 20 Prozent der Ungarn, dass sie Politikern vertrauen können. Gut 50 Prozent der Befragten meinten, Politiker kümmern sich nicht um die Sorgen der Bürger und neigten zudem allesamt zur Korruption.¹⁷ Tárki- und Eurobarometer-Daten über die Zufriedenheit mit der Demokratie lassen den Schluss zu, dass es in dieser Hinsicht in den letzten 15 Jahren keine bedeutenden Veränderungen gegeben hat. Zwischen 1999 und 2015 lag der Anteil derjenigen, die mit dem Zustand der Demokratie in Ungarn unzufrieden waren, beständig zwischen 50 und 60 Prozent.¹⁸

Diese andauernde Unzufriedenheit lässt sich u. a. aus der Auffassung ableiten, welche Elemente als für eine Demokratie unverzichtbar gehalten werden. Laut Ungarn-Flashreport des European Social Survey (ESS) für Ungarn zählt für die Mehrheit der Befragten der Schutz von Minderheitenrechten dazu. Als gleichermaßen wichtig wird erachtet, dass politische Parteien deutliche Alternativen anbieten und Bürger bei wichtigen politischen Themen eine direkte Teilhabemöglichkeit durch einen Volksentscheid haben. Die Berücksichtigung der Meinungen der europäischen Nachbarn wird in diesem Zusammenhang hingegen als nachrangig erachtet.¹⁹ Interessanterweise besteht kein Stadt-Land-Gegensatz hinsichtlich der Bewertung der wichtigsten Kriterien einer Demokratie, hingegen erachten die gut Ausgebildeten und die Wohlhabenden eine demokratische Regierung für wichtiger als Menschen mit geringer Bildung und wenig finanzieller Sicherheit.

Die ESS-Studie untersucht auch, was die Bürger als die wesentlichen Merkmale des gegenwärtigen politischen Systems erachten. Es besteht ein allgemeiner Konsens

17. http://www.tarki.hu/hu/research/gazdkult/2013/2013_zarotanutmany_gazd_kultura.pdf

18. <http://www.tarki.hu/hu/research/attitudes/index.html>
<http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/PublicOpinion/index.cfm/Chart/getChart/themeKy/45/groupKy/226>

19. http://politologia.tk.mta.hu/uploads/files/archived/2398_A_magyar_tarsadalom_demokraciakepe_MTATK.pdf

darüber, dass die Medien die Regierung frei kritisieren dürfen, und die Mehrheit der Befragten meint auch, dass die Wähler vor dem Wahltermin die Gelegenheit haben, ihre Entscheidung mit Bekannten zu diskutieren, die Parteien klare Alternativen anbieten, die Opposition die Regierung frei herausfordern darf und die Medien glaubwürdige Informationen über die Leistungen der Regierung verbreiten. Allerdings haben die Bürger den Eindruck, die Regierung bemühe sich zu wenig darum, die Einkommenslücken zu schließen oder ihre Entscheidungen gegenüber der Wählerschaft zu rechtfertigen.

Die Ungarn sehen also keine oder wenige Defizite in Bezug auf die Meinungs- und Informationsfreiheit, bewerten aber die Bemühungen der Regierung für ungenügend, die Armut zu bekämpfen und die Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung zu verbessern, und sie fühlen sich vom politischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen. All dies kann die dauerhafte Enttäuschung mit dem Zustand der Demokratie und ein Gefühl von Verlust erklären.

Nationalstaat und Nationalismus

Hinsichtlich der aktuellen sozio-ökonomischen Bedingungen haben auch die Entwicklung des Konzepts des Nationalstaats und das Wiederaufleben des Nationalismus im Verlauf der letzten 25 Jahre eine besondere Bedeutung gehabt. Angesichts der sogenannten Migrationskrise wachsen in Ungarn Fremdenfeindlichkeit und Misstrauen, und beides wird von der ungarischen Regierungspropaganda noch verstärkt.

Wie aber definieren die Ungarn ihre nationale Identität? Tárki fragte 1995 danach, was einen Ungarn eigentlich »ungarisch« macht.²⁰ Aus Sicht der Befragten waren die Identifikation mit der Nation und die Beherrschung der Sprache die wichtigsten Kriterien. Auch die Frage, wo jemand geboren wurde und welche Staatsbürgerschaft eine Person hat, ist nach Ansicht vieler Befragten entscheidend, während der christliche Glauben als etwas weniger relevant erachtet wurde. Der Beitritt Ungarns zur Europäischen Union 2004 spielte eine entscheidende Rolle in der Entwicklung einer Identität. Laut Eurobarometer definierten sich 32 Prozent ausschließlich als Ungarn, 16 Prozent hauptsächlich als Ungarn und in zwei-

ter Linie als Europäer, und lediglich eine verschwindende Minderheit sah die europäische Identität als wichtiger an – ihr Anteil lag bei nur 1 Prozent. 2015 verstanden sich schon 10 Prozent der Befragten in erster Linie als Europäer und erst dann als Ungarn – es entsteht also eine Bevölkerungsgruppe, die eine starke europäische Identität zum Ausdruck bringt, obwohl die überwiegende Mehrheit von 88 Prozent sich nach wie vor vorrangig oder auch ganz als Ungarn definiert.

Angesichts dessen überrascht es nicht, dass die Ungarn starke Vorbehalte gegen die Globalisierung haben: 43 Prozent zweifeln, dass sie eine wichtige Rolle für den Erhalt des Friedens spielt, und 50 Prozent der Befragten glauben, dass die Globalisierung die ungarische Kultur bedroht. Auch in Bezug auf die Wirtschaft zeigen Eurobarometer-Daten ähnlich ambivalente Einstellungen.²¹ Während 58 Prozent der Bevölkerung meinen, die Globalisierung fördere das Wirtschaftswachstum, finden 56 Prozent, diese Entwicklung könne den heimischen Unternehmen schaden.

Eine der möglichen Konsequenzen des Nationalismus ist die Ablehnung von Menschen mit einem anderen kulturellen Hintergrund. Einem Median-Report von April 2016 zufolge wollen 78 Prozent der Befragten keine Einwanderer als Nachbarn haben.²² Die Analyse der Tárki-Daten verdeutlicht, dass die Fremdenfeindlichkeit im Vergleich zu früheren Jahren erheblich zugenommen hat. Der Anteil der Bevölkerung, der sich selbst als fremdenfeindlich bezeichnet, ist von 15 Prozent im Jahr 1992 auf 53 Prozent im Jahr 2016 angestiegen. Inzwischen ist die Sympathie für Fremde fast vollständig verschwunden; nur 1 Prozent der Bevölkerung bekennt sich dazu, Fremden gegenüber freundlich gesinnt zu sein.²³

3.3 Einstellungen zur Europäischen Union

Der Beitritt Ungarns zur Europäischen Union 2004 war ein wichtiger Schritt für das ganze Land und die Gesellschaft – in seiner Bedeutung vergleichbar mit dem Umbruch von 1989. Wie der Systemwandel gilt der Beitritt zum Prozess der Europäischen Integration bewusst als

20. <http://www.tarki.hu/adatbank-h/kutjel/pdf/a891.pdf>

21. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb69/eb69_globalisation_en.pdf

22. http://www.median.hu/kepek/upload/2016-04/antisemitizmus_tanulm%C3%A1ny_sajtt%C3%A1j.pdf

23. http://www.tarki.hu/hu/news/2016/kitekint/20160404_idegen.html

potentiell großer Schritt zur Konsolidierung der Demokratie und der ökonomischen Entwicklung und passt entsprechend folgerichtig in die moderne Entwicklung Ungarns. Deshalb kann es sinnvoll sein, auch aus der Perspektive der europäischen Integration etwas genauer auf die Themen zu schauen, die in diesem Kapitel untersucht werden.

Entsprechend der geltenden rechtlichen Bestimmungen musste der Beitritt zur Europäischen Union in einer Volksabstimmung gebilligt werden – 2003 sprachen sich drei der insgesamt acht Millionen Wahlberechtigten für den Beitritt zur Europäischen Union, nur etwa 600.000 stimmten dagegen. Und während die Ungarn inzwischen immer schlechter über den Umbruch von 1989 und die Demokratie in ihrem Land denken, so zeigt eine ganze Reihe von Umfragen, dass die Haltung zur Europäischen Union über die Jahre hinweg positiv geblieben ist und die Ungarn standfest in ihrer europäischen Orientierung sind. Die Ergebnisse einer 2011 gemeinsam von Policy Solutions und Medián durchgeführten Untersuchung zeigten, dass damals 69 Prozent der Ungarn erneut für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union gestimmt hätten, nur 24 Prozent hätten einen Beitritt abgelehnt, 8 Prozent waren unentschieden.²⁴ Im Herbst 2015 veröffentlichte Medián seine aktuellen Studienergebnisse, die sogar einen Anstieg bei der Unterstützung der EU-Mitgliedschaft belegen: 74 Prozent der Befragten sahen die Mitgliedschaft tendenziell oder vollständig positiv.²⁵ Gemäß der letzten Umfrage, die von Századvég im Sommer 2016 nach dem Brexit-Votum durchgeführt wurde, würden 76 Prozent der Ungarn weiterhin für den Verbleib in der Europäischen Union stimmen, nur 13 Prozent plädierten für einen Austritt. Offenkundig hat diese Frage für die Ungarn zudem eine hohe Relevanz – nur 5 Prozent gaben an, sich nicht an einer möglichen Exit-Abstimmung beteiligen zu wollen.²⁶ Die ungarische Gesellschaft zeigt somit eine eindeutig proeuropäische Haltung und sieht die Zukunft des Landes fest als Mitglied der Europäischen Union.

Dementsprechend zeigen Eurobarometer-Daten vom Herbst 2015, dass eine überwältigende Mehrheit der

Ungarn eine positive oder neutrale Haltung zur Europäischen Union hat. Jeweils 40 Prozent der Befragten vertreten eine positive oder neutrale Haltung, und nur 20 Prozent haben eine negative Meinung zur Europäischen Union. Die ungarischen Daten sind auch im regionalen Vergleich positiv; in allen Visegrád-Ländern besteht nur in Polen eine positivere Haltung zur Europäischen Union. Grundsätzlich bewegen sich die Einstellungen zur Europäischen Union in Ungarn beständig im positiven Bereich, auch wenn es zwischen 2010 und 2015 einen gewissen Vertrauensverlust gegeben hat. Es muss aber auch erwähnt werden, dass trotz der vielen euroskeptischen Bemerkungen führender ungarischer Politiker die Mitgliedschaft in der Europäischen Union nie Thema einer politischen Kampagne geworden ist.

Zwar haben die Ungarn eine grundsätzlich positive Meinung zur Europäischen Union, jedoch wird die aktuelle Politik Brüssels deutlich negativer bewertet. Daten von 2015 zeigen, dass eine relative Mehrheit der Ungarn meint, innerhalb der Europäischen Union liefen die Dinge in die falsche Richtung: 38 Prozent der Befragten beurteilen die europäische Politik negativ, nur knapp 20 Prozent der Ungarn äußern sich positiv zu den aktuellen Entwicklungen innerhalb der EU.

Europapolitische Themen

Aus Sicht der Ungarn liegen die größten Vorteile der EU-Mitgliedschaft im gemeinsamen Markt und damit im freien Verkehr von Kapital, Waren, Personen und Dienstleistungen: Die Personenfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union, also das Recht, frei zu reisen, überall studieren und in anderen Mitgliedsstaaten arbeiten zu können, halten 41 Prozent für die wichtigste Errungenschaft der EU. Der Erhalt des Friedens zwischen den Mitgliedsstaaten folgt gleich an zweiter Stelle, 39 Prozent der Befragten sehen darin die wichtigste Aufgabe der EU, was im europäischen Vergleich allerdings ein niedriger Wert ist.

Etwa ein Zehntel der Ungarn ist gar nicht in der Lage, überhaupt etwas Positives über die Europäische Union zu sagen. Viele der Befragten assoziieren die EU mit einer unzureichenden Sicherung der Außengrenzen und mit kultureller Vielfalt. Zugleich verbinden die Ungarn die EU sehr selten mit Wirtschaftswachstum und sozialer Sicherheit. Auch der Anteil der Ungarn, die glauben,

24. http://www.policysolutions.hu/userfiles/elemzes/27/euroszkepticizmus_magyarorszagon.pdf (4. oldal)

25. <https://www.facebook.com/median.hu/photos/a.1378324522412809.1073741828.1377199592525302/1690219394556652/?type=1&theater>

26. <http://www.origo.hu/itthon/20160713-eu-tagsag-felmeres-kutatas-szazadveg.html>

durch die Europäische Union wachse das Mitspracherecht ihres Landes bei weltpolitischen Themen, liegt weit unter dem europäischen Durchschnitt.

Zwar verbinden nur 15 Prozent der Ungarn die EU mit dem Begriff »Bürokratie« (im Durchschnitt der 28 EU-Staaten liegt dieser Anteil bei 24 Prozent), und nur 7 Prozent meinen, das Projekt Europäische Union sei Geldverschwendung. Es äußern jedoch viele Kritik an den Entscheidungsprozessen innerhalb der Europäischen Union: Jeder zweite Befragte glaubt, die Interessen des Landes würden in Brüssel nicht ausreichend berücksichtigt, und 40 Prozent meinen, Ungarn sei innerhalb der institutionellen Struktur der Europäischen Union grundsätzlich zu wenig repräsentiert – dieser Anteil entspricht dem EU-Durchschnitt. 55 Prozent der Ungarn sehen ihr Land jedoch angemessen in der EU vertreten.

Die Meinung der Ungarn über die Frage, ob die EU weiter vertieft werden solle, entspricht den Tendenzen, wie sie überall in der Europäischen Union zu beobachten sind. Hinsichtlich der Energiepolitik meinen 70 Prozent der Befragten, diese solle derjenigen der anderen Mitgliedsstaaten angeglichen werden. Auch eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU-Mitgliedsstaaten befürwortet eine Mehrheit. Mit Blick auf die Einwanderungspolitik der Regierung in Budapest während der letzten zwölf Monate überrascht es nicht, dass die Ungarn in dieser Hinsicht eine geringere Harmonisierung wünschen als dies in der Europäischen Union insgesamt der Fall ist. Während 70 Prozent der EU-Bürger einer gemeinsamen Einwanderungspolitik der 28 Mitgliedsstaaten fordern, sprechen sich nur 55 Prozent der Ungarn dafür aus. Auch das Lager der Gegner ist mit rund 40 Prozent relativ hoch.

In Bezug auf den Euro, der gemeinsamen europäischen Währung, sind die Ungarn stark gespalten: nur jeder zweite Befragte ist für den Euro, während etwa genauso viele gegen seine Einführung sind. Damit liegen die Ungarn geringfügig unter dem europäischen Durchschnitt. Dagegen unterstützen die Ungarn in stärkerem Maße die Bemühungen für die Aufnahme von neuen Mitgliedsstaaten als in der Europäischen Union insgesamt, wo dieses Thema die größte Ablehnung erfährt. In den 28 Mitgliedsstaaten spricht sich die Hälfte der Bevölkerung gegen eine Erweiterung aus, 40 Prozent sind dafür. In Ungarn sind die Zahlen genau umgekehrt.

Vertrauen in die Europäische Union

Umfragen aus den Jahren zwischen 2010 und 2015, die das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union und die nationalen Politiker analysieren, lassen folgende Schlüsse zu. Erstens haben die europäischen Bürger infolge der Krisen der letzten fünf Jahre Vertrauen in die Europäische Union verloren. Zweitens sind die ungarischen Bürger, obwohl auch innerhalb Ungarns das Vertrauen in die Europäische Union zurückgegangen ist, weniger EU-skeptisch als in den anderen EU-Mitgliedsstaaten. Drittens war die Enttäuschung der Ungarn in Bezug auf die Innenpolitik ausgeprägter als jene auf die Europäische Union.

Allerdings sind nun auch in Ungarn jene in der Mehrheit, die das Vertrauen in die Europäische Union verloren haben: Zwischen 2010 und 2015 ist das Vertrauen in die EU von 55 auf 41 Prozent gefallen, während sich gleichzeitig das Lager der EU-Skeptiker von 30 auf 51 Prozent vergrößert hat. Man kann also von einer Umkehrung sprechen, auch wenn das Bild in Ungarn etwas besser ist als im europäischen Durchschnitt (der Anteil der EU-Skeptiker beträgt unionsweit 55 Prozent). Zudem muss das gesunkene Vertrauen der Ungarn in die EU vor dem Hintergrund des grundsätzlichen Verlusts des Vertrauens in politische Institutionen gesehen werden. Auch wenn nur noch 40 Prozent der Ungarn ihr Vertrauen in das Europäische Parlament aussprechen, so liegt dieser Wert deutlich über dem für das nationale Parlament (30 %), die ungarische Regierung (33 %) und für die einheimischen politischen Parteien (16 %).

Aktuell haben weder die Europäische Union noch die nationalen politischen Institutionen das Vertrauen der Mehrheit ihrer Bürger. Die Zahlen zeigen auch, dass der Grad des Vertrauens in die Institutionen nicht notwendigerweise verbunden ist mit einem sogenannten demokratischen Defizit. Anscheinend haben viele Europäer nach wie vor ein größeres Vertrauen in die europäischen Institutionen, als in ihre jeweilige nationale politische Führung, die – zumindest in der Theorie – ein engeres Verhältnis zu ihren Bürgern haben sollte. Auch wenn die positive Einstellung zur Europäischen Union in den letzten Monaten abgenommen hat, kann dies, vor dem Hintergrund eines ähnlichen Verlusts in Bezug auf die nationalen Institutionen, nicht als Scheitern des Europäischen Projekts betrachtet werden. Die Entfremdung der Ungarn von ihrer politischen Elite und der Verlust ihres

Vertrauen in das institutionelle System Ungarns stehen nicht direkt mit der Unzufriedenheit mit den bürokratischen Entscheidungsprozessen in Brüssel in Verbindung.

4. Fazit

Die Erwartungen der Ungarn an den Umbruch und die Demokratie zeigen deutlich, dass die ungarische Elite nach 1990 beständig die Bedeutung von Wohlfahrts-themen unterschätzt hat. Die Mehrheit der Ungarn verbindet Demokratie mit finanziellen Verbesserungen und existenzieller Sicherheit – das Vierteljahrhundert seit dem Umbruch hat hingegen größere soziale Ungleichheit gebracht, ganze Regionen abgehängt und den Abstand zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung vergrößert. Die Lage der Gering(er)qualifizierten und derjenigen, die schon immer kämpfen mussten, hat sich somit noch verschlechtert. Da überrascht es nicht, dass auf den Umbruch bald die Enttäuschung folgte: Schon Mitte der 1990er Jahre war die Hälfte der Ungarn der Meinung, dass das neue System dem alten unterlegen sei. Diese Meinung hat sich in den 2010er Jahren nicht wesentlich verändert, und eine relative Mehrheit der Ungarn glaubt bis heute, dem Land gehe schlechter als vor dem Umbruch. Die negative Bewertung des Umbruchs durch die ungarische Gesellschaft wird vor allen Dingen auf die steigende Arbeitslosigkeit, die abnehmende soziale Mobilität, größere soziale Unterschiede und die Erosion sozialer Stabilität zurückgeführt. Zwar haben diese Denkweise und die Unzufriedenheit mit dem Kapitalismus und der Demokratie nicht dazu geführt, dass sich die Menschen eine Diktatur wünschen. Doch sollte es als Warnzeichen betrachtet werden, dass es heute einem Drittel der Bevölkerung egal ist, ob das Land diktatorisch oder demokratisch regiert wird. Die Ungarn glauben nicht länger, dass die Demokratie wirkliche Veränderungen in ihrem Leben bewirken wird.

Diese Indifferenz hat es Fidesz nach 2010 erleichtert, die ungarische Demokratie fundamental umzubauen und das Justizsystem sowie die unabhängige Medien zu schwächen, das Wahlsystem zu ihren Gunsten zu ändern und die NGOs in deren Tätigkeit zu behindern. Die Partei konnte all diese radikalen Veränderungen durchführen, ohne von der Öffentlichkeit oder der Opposition wirksam daran gehindert zu werden. Das Beispiel Ungarns kann als wichtige Lektion für andere europäische Länder dienen: Wachsende Ungleichheit sowie zunehmende und

ignorierte soziale Spannungen können die Fundamente der Demokratie aushöhlen und eine Revolte gegen die Elite auslösen. Dies wiederum kann den Grund für ein weiteres Ansteigen der Anti-Establishment-Kräfte bereiten, die darauf warten, den Status quo abzuschaffen. Da die Ungarn weiterhin Armut, Arbeitslosigkeit und die Mängel des Sozialstaats als die drängendsten Probleme ansehen, müssen zum Wiederaufbau des öffentlichen Vertrauens in die Demokratie in Ungarn vor allen Dingen die Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten und die Rolle des Sozialstaats ins Zentrum der Politik gerückt werden.

Die ungarische Gesellschaft zeichnet sich durch einen generellen Mangel an Vertrauen aus, der nicht nur Institutionen sondern auch die zwischenmenschlichen Beziehungen betrifft. Der allgegenwärtige Mangel an Vertrauen untergräbt nicht nur die Qualität und Legitimität der Demokratie und des politischen Systems, sondern behindert auch die wirtschaftliche Entwicklung und hat in den persönlichen Beziehungen negative Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt. Paradoxiere Weise steht dem fehlenden Vertrauen in die staatlichen Institutionen die Forderung nach einem stärkeren Engagement eben dieser staatlichen Institutionen gegenüber: Die Ungarn erwarten, dass der Staat ihre finanzielle Sicherheit und ihr Wohlergehen gewährleistet.

In den Augen der Ungarn zählen ökonomischer Wohlstand und die Umverteilung durch den Staat daher zu den Kernelementen der Demokratie. Bei Wahlen entscheiden sich die Bürger nur selten für eine Partei, weil sie deren politische Grundeinstellungen teilen, sondern weil sie sich von dieser positive Impulse für die Wirtschaft erhoffen. Die Forderung nach einem starken Staat hat dafür gesorgt, dass auch solche Parteien eine »linke« Wirtschaftspolitik propagieren, die ansonsten eine kulturell oder sozial konservative Ideologie vertreten. Die ungarische Linke befindet sich daher momentan in einer ausgesprochen schwierigen Lage: Erstens war die sozialistische Partei seit 1990 zwölf von 20 Jahren in Regierungsverantwortung, und viele ungarische Wähler machen sie daher für die Versäumnisse in der Sozial- und Wirtschaftspolitik verantwortlich. Zweitens stehen die demokratischen Parteien heute in dem von der Linken geräumten ideologischen Raum im Wettbewerb mit den rechten Parteien – dem regierenden Fidesz und der rechtsextremen Jobbik. Dadurch wird die Rückgewinnung der Glaubwürdigkeit einer linken Wirt-



schaftspolitik zu einer äußerst komplexen Aufgabe für die ungarische Linke.

Der generelle Mangel an Vertrauen, unter dem die ungarische Gesellschaft leidet, unterminiert nicht nur das politische System und die Demokratie, er verhindert auch die Entwicklung so wichtiger sozialer Werte wie Toleranz und Solidarität. Zudem erodiert aber nicht allein der soziale Zusammenhalt, auch die Chancen der wirtschaftlichen Entwicklung werden dadurch eingeschränkt. Der Mangel an Vertrauen wirkt sich somit auf alle Aspekte des sozialen Lebens negativ aus.

Trotz der Zuspitzung der EU-skeptischen Propaganda in Ungarn haben die Wähler dort nach 2010 aber nicht die Europäische Union zum Sündenbock für die Probleme im Land gemacht haben. Auch wenn das Vertrauen in die Europäische Union nach 2010 abgenommen hat, so liegt es immer noch deutlich über dem in die politischen Institutionen Ungarns. Die europäische Integration wird sogar überwiegend positiv bewertet, weshalb die Befragten kontinuierlich mehrheitlich für die weitere Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union votieren. Allerdings bringen ungarische Wähler die EU-Mitgliedschaft nicht mehr mit wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Stabilität in Verbindung. Langfristig kann dies ebenfalls das Vertrauen in die europäische Integration und die Bewertung der Demokratie untergraben.

Allgemein kann gesagt werden, dass die politischen Partizipationsmöglichkeiten in einer Demokratie und die Freiheiten eines Rechtsstaats aus Sicht der meisten Ungarn hinter das Bedürfnis nach existenzieller Sicherheit, materiellem Wohlergehen und einem garantierten Arbeitsplatz zurücktreten. Diese negative Wahrnehmung kann möglicherweise durch eine politische Vision und politische Initiativen rückgängig gemacht werden, die entsprechend den öffentlichen Erwartungen und Hoffnungen Ungleichheiten verringern, Möglichkeiten für soziale Mobilität verbessern und zu einer gerechteren Gesellschaft führen, in der Arbeit und Lebensbedingungen sicherer sind als in den letzten 25 Jahren. Es ist notwendig, Bedingungen für ökonomischen Wohlstand zu schaffen und für eine breite Verteilung von Vermögen über alle sozialen Sektoren hinweg zu sorgen, um sicherzustellen, dass sich mehr Menschen in einer sich ständig verändernden Welt als Gewinner anstatt als Verlierer betrachten. Zwar hat es die aktuelle Fidesz-Regierung geschafft, die breite Enttäuschung über die Entwicklung Ungarns nach dem Umbruch von 1989/90 zur Umsetzung eines illiberalen Programms zu nutzen. Sie ist aber selbst mit dem Versuch gescheitert, die Ungleichheiten und sozialen Spannungen seit ihrem Regierungsantritt im Jahr 2010 auszugleichen. Somit bietet die aktuelle Situation der Linken zahlreiche Ansatzpunkte, die Rechte mit einem überzeugenden Sozial- und Wirtschaftsprogramm wirkungsvoll anzugreifen.



Über die Autoren

András Bíró-Nagy ist Co-Direktor und Forschungsleiter bei Policy Solutions.

Dalma Dobszai, Tibor Kádlót und **Annamária König** sind Politikanalysten bei Policy Solutions.

Policy Solutions ist ein progressives politisches Forschungsinstitut mit Sitz in Budapest und Brüssel. Es wurde 2008 gegründet und ist Werten der liberalen Demokratie, Solidarität, Chancengleichheit und der europäischen Integration verpflichtet. Die Arbeit von Policy Solutions konzentriert sich darauf, politische Prozesse in Ungarn und in der Europäischen Union nachzuvollziehen. Zu den hauptsächlichen Arbeitsgebieten gehören die Frage, wie sich die Qualität der Demokratie entwickelt, und die Analyse der Faktoren, die Euroskeptizismus, Populismus und die extreme Rechte befördern, sowie Wahlforschung.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Friedrich-Ebert-Stiftung | Büro Budapest
H-1056 Budapest, Fővám tér 2-3 Ungarn
Tel.: +36-1-461-60-11 ; Fax: +36-1-461-60-18
E-Mail: fesbp@fesbp.hu | Website: www.fesbp.hu

Verantwortlich:
Matthias Jobelius, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: +49-30-269-35-7726 | Fax: +49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

